

Deutschlands Terrorplan am Flughafen: Eine Fantasievorstellung, die Europa in den Krieg treibt

Deutschlands jüngster „False-Flag“-Trick in Leipzig ist ein Zeichen der Verzweiflung eines bankrotten politischen Systems, das von seinem erbärmlichen, totalen Scheitern ablenken will.

4. September 2026 | Editorial

In dieser Woche gab es einen weiteren dreisten Versuch, die europäische Öffentlichkeit so zu manipulieren, dass sie glaubt, sie werde von Russland angegriffen. Das ist Kriegspropaganda für Anfänger.

Der unerbittliche, kriegstreiberische Trommelwirbel wird immer lauter, während mysteriöse Drohnen über europäischen Hauptstädten kreisen und die „Nachrichtenmedien“ Berichte über russische Agenten und Terrorpläne verbreiten. Wir erleben ein orwellsches System, das seinem dystopischen Roman „1984“ ähnelt.

So warf die deutsche Regierung Russland vor, einen Sprengstoffanschlag mit einer Drohne auf den Flughafen Leipzig verüben zu wollen. Es gab keinerlei Beweise, die diese provokative Behauptung untermauerten. Es wurde kein öffentliches Beweisdossier zur unabhängigen Überprüfung vorgelegt. Alles basiert auf Andeutungen und fieberhaften Spekulationen, die von einer politischen Agenda getrieben sind.

Ironischerweise war die eigentliche Geschichte zum Thema Luftfahrtterrorismus in dieser Woche die implizite [Drohung](#) des von der NATO und der EU unterstützten Kiewer Regimes, zivile Passagierflugzeuge im russischen Luftraum abzuschießen. Doch zu diesem tatsächlichen Skandal haben sich die europäischen Regierungen, Medien und die NATO nicht geäußert. Ihr Schweigen ist Mit-täterschaft und spricht gegen sie selbst.

„Was die ‚Leipziger Affäre‘ angeht, so riecht die ganze Angelegenheit für jeden, der noch zu kritischem Denken und gesunder Skepsis fähig ist, nach einer Inszenierung: einer psychologischen Operation.“

Der angebliche Vorfall war die „Entdeckung“ einer Drohne und von Sprengstoff am Flughafen Leipzig/Halle in Ostdeutschland am 4. August. Diese befanden sich Berichten zufolge in einer Sicherheitszone in der Nähe eines ukrainischen Antonov-Frachtflugzeugs. Im vergangenen Monat ließen sich die deutschen Medien bereitwillig an der Nase herumführen, um ein zunehmendes Gefühl von Spannung und Dramatik zu erzeugen, dass Russland hinter dem angeblichen Angriff stecke.

Dann – Trommelwirbel bitte – wurde diese Woche der Höhepunkt enthüllt, als der deutsche Bundesinnenminister Alexander Dobrindt und Außenminister Johann Wadephul gemeinsam eine vielbeachtete [Pressekonferenz](#) in Berlin abhielten, auf der Russland als Täter „bestätigt“ wurde.

Ein Crescendo an politischen und medialen Reaktionen war ebenso vorhersehbar wie inszeniert. Von europäischen Politikern [hagelte es](#) Verurteilungen, in denen Russlands „hybride Kriegsführung“ angeprangert wurde. Russische Botschafter wurden zur Rüge einbestellt, und gegen verschiedene Konsulate und Kulturzentren wurden Sanktionen verhängt. Der Karneval der Überreaktionen täuscht über das vorsätzliche Ziel hinweg.

Moskau wies die „absurden“ Vorwürfe scharf zurück und wies die europäischen Botschafter an, gegen das „anti-russische Verhalten“ zu protestieren.

Der russische Präsident Wladimir Putin, der sich anlässlich des Gipfeltreffens der Shanghai Cooperation Organization in Kirgisistan aufhielt, verspottete die deutschen Behörden dafür, dass sie eine Provokation unter falscher Flagge inszeniert hätten, indem sie „Beweise platzierten“, um Russland zu belasten. Mal im Ernst: Wie einfach wäre es für die NATO oder ihre ukrainischen Stellvertreter, eine Drohne auf dem Rollfeld abzustürzen, damit sie praktischerweise „entdeckt“ wird? Leipzig ist ein wichtiger Sicherheits- und Versorgungsknotenpunkt der NATO.

Putin stellte scharfsinnig fest, dass die Krise zum Teil inszeniert werde, um von der erbärmlichen Unbeliebtheit des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz und seiner Koalitionsregierung abzulenken. Das ist sicherlich ein plausibler Faktor. Tatsächlich wird Merz von einer Rekordzahl deutscher Wähler [verachtet](#). Seine Regierung wird von der aufstrebenden „Alternative für Deutschland“ herausgefordert, die am 6. September in Sachsen-Anhalt voraussichtlich ihre erste Landtagswahl gewinnen wird. Die AfD hat sich den massiven Widerstand gegen Berlins Unterstützung für den NATO-Stellvertreterkrieg in der Ukraine gegen Russland zunutze gemacht. Es erscheint bezeichnend, dass der Flughafen Leipzig in Sachsen-Anhalt liegt. Die einmonatige „Drohnenaffäre“, angeheizt durch die Panikmache der Medien, scheint ein Manöver zu sein, um die Landtagswahl zu beeinflussen.

Das Thema geht jedoch weit über die deutsche Politik hinaus. Die reflexartige Reaktion des europäischen Establishments auf die False-Flag-Aktion in Leipzig deutet auf eine umfassendere, systemische Krise hin. Ein Politiker nach dem anderen reihte sich ein, um Standarderklärungen abzugeben, in denen Russland verurteilt und Solidarität mit Deutschland bekundet wurde. Frankreichs Macron, Italiens Meloni, Polens Tusk und andere schlossen sich dem lautstarken Chor an. Sogar der Brite Andy Burnham meldete sich zu Wort, als wolle er sich noch stärker bei der EU einschmeicheln. Ihre Erklärungen waren auffallend ähnlich und verurteilten Russland dafür, dass es versuche, Europa zu „spalten“, die „Einheit“ zu untergraben und die „Unterstützung“ für die Ukraine zu schwächen.

Der eigentliche Subtext dabei ist, dass das politische Establishment ratlos ist angesichts der Tatsache, dass die Öffentlichkeit in ganz Europa der ständigen Kriegstreiberei überdrüssig und skeptisch gegenübersteht.

Gemeinsam mit NATO-Chef Mark Rutte und der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, wurden verstärkte, eindringliche [Forderungen](#) nach einer Stärkung der europäischen Verteidigung und nach mehr Hilfe für die Ukraine laut, um die „russische Aggression“ zu besiegen.

Nicht nur Deutschland befindet sich in einer politischen Krise aufgrund der öffentlichen Verachtung gegenüber der Regierung. In ganz Europa werden die politischen Eliten zum Gespött gemacht. Ein wesentlicher Grund für die Unzufriedenheit ist die sinnlose Verschwendung öffentlicher Gelder zur

Anheizung des Stellvertreterkriegs in der Ukraine, der zu einem totalen Krieg auf dem Kontinent mit Russland, einer Atommacht, führt.

Europa steuert auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu, wie Lena Petrova und andere sachkundige Analysten bereits [dargelegt](#) haben. Die anti-russische Politik, von der europäischen Regierungen und Medien besessen sind, hat die wirtschaftlichen Grundlagen von Industrie und Gesellschaft zerstört.

Hunderte von Milliarden Euro wurden bereitgestellt, um ein korruptes, neonazistisches Regime in der Ukraine zu stützen. Trotz dieser kriminellen Großzügigkeit und der Waffenlieferungen steht das Regime kurz vor der Niederlage. Dennoch will das Establishment der EU und der NATO noch mehr Geld in diesen Stellvertreterkrieg pumpen. In Brüssel wird [gemunkelt](#), dass der jüngste EU-Kredit in Höhe von 90 Milliarden Euro, der Anfang dieses Jahres bewilligt wurde, nicht ausreichen wird. Diese unersättliche Zufuhr öffentlicher Gelder zur Stützung eines korrupten Regimes und zur Subventionierung der Profite des militärisch-industriellen Komplexes im verfaulten Herzen des westlichen Kapitalismus nimmt kein Ende. Europäische Arbeiter und Steuerzahler werden ausgeblutet, und künftige Generationen werden zu Sklaven eines Neonazi-Projekts gemacht.

Für die herrschende politische Klasse gibt es nur einen Ausweg aus dem Sumpf, den sie selbst geschaffen hat, und zwar durch die Eskalation der Kriegsspannungen und der Vorwände für die Fortsetzung der kriminellen Ausbeutung der Gesellschaften. Die europäischen Regierungen können ihre Verbrechen nicht zugeben, also müssen sie die Eskalation fortsetzen.

Europa wird durch ständige Propaganda und Manipulation in einen Krieg hineingezogen. Die pflichtbewussten Mainstream-Medien verbreiten Berichte über angebliche Verstöße russischer Drohnen gegen den europäischen Luftraum und Sabotageakte an der Infrastruktur. Erst diese Woche behaupteten deutsche Behörden, dass eine „ausländische Macht“ hinter dem angeblichen Sprengstoffanschlag auf elektrische Anlagen stecke. Unterdessen behauptet die polnische Regierung, ein Brand in einer Fabrik, die Drohnen an die Ukraine liefert, sei von russischen Agenten verursacht worden, und schwedische Behörden kündigen Vorbereitungen für Massenbestattungen im Falle eines Krieges mit Russland an.

Es versteht sich von selbst, dass die europäischen Regierungen und Medien nicht den demokratischen Interessen dienen. Ganz im Gegenteil. Sie verhalten sich wie eine Diktatur der Elite, die ihre Bevölkerung kontrolliert, und versuchen, ihre bröckelnde Autorität zu stützen, indem sie immer wieder die „Kriegskarte“ als Mittel der Kontrolle ausspielen.

Deutschlands jüngster False-Flag-Trick in Leipzig ist ein Zeichen der Verzweiflung eines bankrotten politischen Systems, das von seinem erbärmlichen, totalen Versagen ablenken will. Das Abscheuliche daran ist, dass das Ausspielen der Kriegskarte kein Spiel ist. Es macht einen Krieg unvermeidbar, es sei denn, die europäischen Bürger lehnen sich gegen diese Dystopie auf.